

der Mehrheit der Gesellschaft, der »kleinen Leute«, und dieses Vertrauenskapital ist kostbar für die Genesung des kleinen Landes und mit ihm der Europäischen Union.

Wenn Neoliberale und Konservative befürchten, dass diese Wachstumspolitik in den anderen südlichen Krisenländern Schule machen könnte, dann sollten Sozialdemokraten dies umgekehrt begrüßen und befördern. Denn hier bietet sich die Chance für sie, die sie rhetorisch seit Langem die Überwindung der Austeritätspolitik gefordert haben, die Widersprüchlichkeit ihrer derzeitigen Politik zu überwinden und ihren Kompass wiederzufinden, auch wenn eine aufgeputschte öffentliche Meinung dies kurzfristig nicht positiv einschätzen mag.

Europäische Sozialdemokraten können ihre intellektuelle und politische Stärke beweisen, indem sie die Juncker-Initiative zugunsten ihrer Grundwerte gestalten. Wichtige sozialdemokratische Abgeordnete des Europaparlaments wie Udo Bullmann tun dies bereits. Dazu sollte auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Politik, Privatsektor und organisierter Zivilgesellschaft beitragen, um z.B. von der kommunalen Ebene ausgehend, zu bürgernahen, wirklich nachhaltigen Investitionen (keinen Bauruinen!) zu kommen.

Damit würden sie in Anknüpfung an die »kulturelle Hegemonie« der sozialliberalen Koalition eine Aktualisierung keynesianischer Politik in der Globalisierung zugleich strategisch ausarbeiten, konkretisieren und verwirklichen. Freilich müssten sie sich dazu deutlich vom Neoliberalismus verabschieden. Dies böte ihnen auch die Chance, ihr Wählerpotenzial bei den Nichtwähler/innen wieder zu motivieren. Eine verwaschene Politik ohne Mut und erkennbare leitende Überzeugung wird dies sicher nicht erreichen.

Deshalb ist eine ehrliche und solidarische Politik gegenüber Griechenland, die der jetzigen Regierung hilft, das Land von der Austeritätspolitik in eine Wachstumspolitik überzuleiten, nicht nur für das Land selbst, sondern für Profil und Zukunft sowohl der europäischen, also auch der deutschen Sozialdemokratie in der Globalisierung ein entscheidender Prüfstein.



Gesine Schwan

ist Präsidentin und Mitgründerin der Humboldt-Viadrina Governance Plattform, Berlin und Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission. Zuvor war sie u.a. von 1999 bis 2008 Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder.

drschan@zedat.fu-berlin.org

Karsten Rudolph

Riskante Diskurse wagen

Es gab eine Zeit, in der war die SPD stolz darauf, stellvertretend für die Gesellschaft die großen Kontroversen der Zeit auszutragen. Von anderen Parteien wurden sie um eines trügerischen Friedens willen totgeschwiegen oder einseitig betrachtet. Die SPD konnte zum Beispiel den damals behaupteten Gegensatz von Arbeit und Umwelt nicht stehen lassen, wenn sie denn mehrheitsfähig bleiben wollte.

Sie überwand den vermeintlichen Widerspruch durch ihr Konzept der ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft, mit dem sie zunächst divergierende politische Positionen integrierte und ihnen damit eine gemeinsame Richtung aufzeigte. Diese

Anstrengung, Gegensätze zu überwinden und gänzlich neue Wege aufzuzeigen, geschah freilich in einer Zeit, in der die Partei im Bund aus der Regierungsverantwortung gedrängt worden war und nur noch in einer Handvoll Bundesländer regierte. Heute ist die SPD stolz darauf, im Bund und in fast allen Ländern mitzuregieren, doch sie meidet es, die großen Kontroversen der Zeit innerparteilich auszutragen. Obwohl Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten überall in Deutschland Tag für Tag verantwortliche Entscheidungen treffen, ist ein roter Faden für die Wähler schwerer denn je zu erkennen. Es gelingt der SPD immer weniger, die Wahrnehmung gesellschaftlicher Probleme, wirtschaftlicher Strukturen, politischer Konstellationen und Ereignisse zu prägen. Sie erscheint selbst in grundsätzlichen Fragen als eine »Sowohl-als-auch-Partei« (Christoph Hickmann), als eine Partei, die für und gegen die Globalisierung ist, die für und gegen die Austeritätspolitik eintritt, die für und gegen eine umverteilende Steuerpolitik kämpft. Deswegen wird der SPD angelastet, sie besäße nur noch ein taktisches Verhältnis zu den Bürgern. Sie sage ihnen das, was sie hören wollten, verschweige aber ihre wahren Absichten. Das macht sie in deren Augen zu einer Partei mit zwei Gesichtern.

Dabei berühren die großen Themen der Zeit die SPD, und sie zehren an ihr; doch von der Organisation einer konsistenten politischen Diskussion in den eigenen Reihen, die sich erfolgreich nach außen tragen lässt, hat sie sich weit entfernt. Sie scheut geradezu riskante Diskurse, obschon für eine linke Volkspartei nichts riskanter ist als zu meinen, diese vermeiden oder mit Formelkompromissen lösen zu können.

Insoweit ist die SPD gewissermaßen zu einem Spiegelbild der deutschen Gesellschaft geworden, einer Gesellschaft des relativen Wohlstands, des wirtschaftlichen Erfolgs und eines ungewöhnlich hohen Grades an Beschäftigung. Doch ebenso einer Gesellschaft der Angst, die um die leicht verderblichen Früchte dieser Erfolge bangt: beständig beschäftigt mit drängenden Fragen, nicht erfolglos mit der Durchsetzung eigener Positionen in der Großen Koalition, zufrieden mit dem relativ guten Auskommen an Mandaten und Regierungspositionen, doch ständig von der Sorge getrieben, diese wieder zu verspielen. Wohlstand und Angst sind es, die den stationären Charakter der deutschen Gesellschaft ebenso prägen wie den Zustand der deutschen Sozialdemokratie. Beide meiden es, Kontroversen auszutragen.

Die Kanzlerin verspricht den Deutschen (wie einst Adenauer) keine Experimente einzugehen, um den Zustand relativer Sicherheit so lange wie möglich aufrecht zu erhalten. Sie sediert das Gemeinwesen. Sie vermeidet Festlegungen, weil sie Klarheiten ebenso scheut wie öffentliche Debatten um Gestaltungs- und Zukunftsfragen. Konservative dürfen das. Progressive nicht. Denn Stillstand bedeutet für sie Rückschritt.

Die SPD (um sie hier weiterhin als personifiziertes Objekt zu nehmen) ist unentschieden darüber, ob es ihr nützt, diese biedermeierliche Ruhe zu stören, um wieder Licht in eine abgedunkelte politische Arena zu bringen. Historisch betrachtet hat sie keine andere Wahl. Sämtliche Erfolge fuhr sie in Phasen der Politisierung und Bewegung ein. Ein solches Licht muss zuerst in der eigenen Partei angezündet werden. Es leuchtet umso heller, je klarer die SPD die großen Themen in einem verständlichen und strategisch angelegten Prozess zur Sprache bringt, der viele Bürger umtreibt, aber in der politischen Öffentlichkeit nicht auf den Punkt gebracht wird. Dabei geht es gar nicht darum, stets passgenaue Antworten parat zu haben oder mit fachlicher Beschlagenheit zu beeindrucken. Der politische Diskurs ist kein Expertendiskurs. Und Expertenwissen ersetzt nicht den Alltagsverstand. Es geht darum, lange Linien aufzuzeigen. Nur so kann ein genuin sozialdemokratischer Diskurs sichtbar werden.

*Progressive
dürfen Debatten
nicht scheuen*

Gelingt ihr dies nicht, wird sie zum Spielball von Meinungsumfragen, journalistischer Meinungsbildung oder populistischer Unterströmungen. Dann laufen die gesellschaftlichen Kontroversen durch die Partei hindurch. Und die SPD verzweigt in der Meinungsbildung. Nicht weil die beharrenden Kräfte übermächtig sind, sondern weil sie sich selbst klein macht. Weil sie keine Themen setzt, sondern sich an den Themen anderer abarbeitet. Ein aktuelles Beispiel? Die erfolgreiche Einführung des Mindestlohns in Deutschland versackt gerade in einer Bürokratisierungsdebatte, weil sich die SPD nicht genügend darum kümmert, sie zum Ausgangspunkt für eine Trockenlegung des Niedriglohnssektors zu machen. Zugegeben, eine solche Debatte erfordert Mut, aber auch die Bestimmung klarer, neuer Ziele und die Verbindung mit einer Vision, eine bessere Gesellschaft mit guter Arbeit für alle zu erreichen.

*Zahlreiche
gute Ansätze
verkümmern*

Die SPD hält zu Recht viel darauf, sich als Programmpartei zu verstehen. Eben darin sucht sie die Unterscheidung zu CDU und CSU. Programmpartei zu sein, meint jedoch nicht, von Zeit zu Zeit ein Grundsatzprogramm zu erarbeiten und es danach zu den Akten zu legen; es bedeutet als Debattenpartei auf der Höhe der Zeit zu sein.

Zu viele Debatten laufen inzwischen abseits der politischen Arena. Über die Folgen von Industrie 4.0 denken hellsichtige Betriebsräte nach, über ein Ende der Washington-Konsens-Weltordnung sprechen sogenannte Anti-Globalisierungsbewegungen, über eine neue Ostpolitik debattieren außenpolitische Spezialisten, über ein gutes Leben reden Intellektuelle auf Philosophiefestivals mit Tausenden von interessierten Bürgern, die sogar bereit sind, hierfür Eintritt zu zahlen. Nicht, dass sich ein bunter Strauß von Themen nicht auch in der Organisation der SPD wiederfindet. Doch er wird nicht gesteckt, nicht gebunden und nicht nachgegossen. So verkümmern zahlreiche gute Ansätze. Kritik von unten gelangt schwer nach oben, Überzeugungsarbeit von oben nur schwer nach unten. Diskussionen fließen nicht durch die Arterien der Partei, sie stocken, stauen, laufen leer und sprudeln dann, wenn wieder einmal äußere Kräfte eine Entscheidung erzwingen, die mit etwas Umsicht vorherzusehen war, aber nicht hinreichend gemeinsam vorbereitet wurde. Dies sorgt dann nicht nur für etwas Abwechslung bei den erfahrenen Funktionären sondern leider auch für manche bitter empfundene Enttäuschung bei den unerfahreneren Aktiven. Auch hierfür ein aktuelles Beispiel: Der Umgang mit der Vorratsdatenspeicherung – alles andere als ein neues Thema – konnte zeitweilig durch Liegenlassen stillgelegt werden, musste jedoch über kurz oder lang geklärt werden. Diese Klärung hat die Partei kalt erwischt, weil es schien, dass der Vorratsbeschluss eines Parteitags eine Trockenübung bleiben könnte. Die plötzliche Klärung zwang alle ins kalte Wasser: den Justizminister, die Bundestagsfraktion, den Parteikonvent und den Rest der Partei. Ein Gewinnerthema wird daraus vorläufig nicht mehr, obschon keine andere Partei besser dazu berufen schien, eine überzeugende Balance zwischen Freiheit und Sicherheit herzustellen.

Kurzum, auch hier zeigt sich, es geht um beides: um die richtige Wahl der Themen und die richtige Form ihrer Behandlung. Um beim Letzteren anzusetzen: Jede strukturierte Meinungsbildung muss breit und längerfristig angelegt sein. Sie muss das innerparteiliche Meinungsspektrum erfassen, relevante Meinungen von außen aufnehmen und in nachvollziehbaren Schritten zur Entscheidungsreife bringen. Legitimation durch Verfahren nannte dies der Soziologe Niklas Luhmann. Aber ein Weiteres kommt hinzu. Die einmal erfolgten Entscheidungen wollen auch gut und immer wieder in der Öffentlichkeit begründet werden. Wer also die gesamte Partei mit möglichst vielen Mitgliedern sprachfähig machen will, muss diese an der inhaltlichen Erarbeitung politischer Positionen und Perspektiven beteiligen. Sprachregelungen mögen Führungsgremien in besonderen Situa-

tionen helfen; lange Linien lassen sich hingegen nicht in ein kurzes, unhinterfragbares Statement fassen. Sie müssen in eigenen Worten vorgetragen und im Dialog begründet werden können. Weil dies an vielen Stellen nicht gelingt, wirkt die SPD im öffentlichen Diskurs so medioker und im persönlichen Gespräch so verschwommen.

Die Wahl der Themen kann gar nicht groß genug ausfallen, denn die deutsche Politik erschöpft sich im klein-klein. Die Sehnsucht nach Politik kann dadurch schwerlich gestillt werden. Unerfüllt treibt sie Politikverdrossenheit und Parteikritik noch an. Der französische Wirtschaftsminister Emmanuel Macron hat völlig recht, wenn er dafür plädiert, dass es der Politiker (und nicht ein anderer) sein muss, der »eine Debatte über den Bruch mit den Alltagszwängen anstößt und damit die doppelte Frage nach dem Sinn der kollektiven Handlung und Zielsetzung aufwirft sowie nach den spontanen kollektiven Wünschen«. Die Postmoderne ist vorbei, ein neuer Realismus bricht sich Bahn. Macron spricht deshalb von einer Renaissance der großen politischen Erzählung und verlangt, den politischen Diskurs niemals auf einen technischen Diskurs zu verengen. Max Weber würde ihm beispringen. Die Menschen orientieren ihr Handeln nicht so sehr an nackten Interessen; vielmehr orientieren sie sich an gewachsenen und vermittelten Weltbildern. Wer die Meinungsführerschaft erringen will, um politisch führen zu können, sollte dies in Rechnung stellen.

Große Themen bieten große Chancen. Auch und gerade für die SPD, weil sie geradezu für diese berufen scheint. Drei dieser Themen verlangen deshalb eine sozialdemokratische Behandlung.

Thema Nummer eins: Seit der Wirtschafts- und Finanzkrise ist die Weltwirtschaftsordnung, die unter Washington Consensus firmiert (auch wenn einige Institutionen des Systems von Bretton Woods dabei fortgeführt wurden), ins Wanken geraten. Wie in den 30er Jahren versuchen fast alle Regierungen, eine krisengeschüttelte Ordnung mit waghalsigen, künstlichen Mitteln und provisorischen Reparaturen aufrecht zu erhalten, während sich in Europa und den USA gleichzeitig populistische Bewegungen sammeln, um nationale Ausstiege zu erzwingen. Wie damals stellt sich die Frage nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, um einen zunehmend gesellschaftlich unverträglichen Kapitalismus neu einzubetten und mit demokratischen und sozialen Errungenschaften kompatibel zu machen. Diese zentrale Herausforderung erfordert dringend die Erarbeitung einer sozialdemokratischen Antwort.

Zweites Thema: Industrie 4.0 ist inzwischen in aller Munde. Aber was bedeutet dies für die Arbeitsplätze von morgen und die Mitbestimmung von heute? Eine Partei, die für eine vorausschauende Industriepolitik stehen will, muss sich diesem Thema jetzt auf allen Ebenen stellen.

Thema Nummer drei: Ein innenpolitisches wie internationales Markenzeichen der SPD war die Neue Ostpolitik. Wohlgermerkt, sie war es. Deutschland und Europa brauchen aber eine neue ostpolitische Agenda und Architektur. Auch hier ist die gesamte Partei (und nicht nur ihre außenpolitischen Experten) gefordert, eine große Traditionslinie aufzunehmen, um eine zeitgemäße Orientierung zu erarbeiten. Es liegt auf der Hand: Wer, wenn nicht die Sozialdemokratie sollte diese Themen durch die Vorstellung eigener Konzepte zu zentralen Zukunftsfragen der Politik und öffentlichen Debatten machen?



Karsten Rudolph

war MdL in NRW, lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum und ist Beirat der NG/FH.

karsten.rudolph@rub.de